



Theo Mechtenberg

Polens Kirche im Kulturkampf

Stanisław Gądecki, Posener Erzbischof und Vorsitzender der Polnischen Bischofskonferenz, sieht die Kirche in seinem Land bedroht. In seiner Predigt zum Abschluss des traditionellen diesjährigen Kreuzwegs durch die Straßen der Stadt sprach er von der weltweiten Verfolgung der Christen. Sie beginne mit Intoleranz, steigere sich zur Diskriminierung und führe letztendlich zu Hassausbrüchen. Und dies nicht nur im fernen Asien. Auch hierzulande gebe es Attacken gegen Ordensschwestern, Priester und Bischöfe, würden Marienfiguren geschändet, wie die einer Posener Gemeinde. Und während die Feinde der Kirche die Meinungsfreiheit für sich in Anspruch nähmen, wolle man die Stimme der Kirche nicht hören und sie am liebsten in die Katakomben drängen.¹

Erzbischof Gądecki steht mit dieser Sicht der Dinge nicht allein. So beklagt der Dominikaner Ludwik Wiśniewski, dass es „seit vielen Monaten in der polnischen Kirche eine Art ‚Festival‘ unter dem Motto ‚suche den Feind‘ gibt. Tausende, ja Millionen Menschen werden davon erfasst [...], viele Bischöfe von diesem Strudel mitgerissen.“ Er spricht von einem „Massenwahn unter dem Namen ‚Erweckung‘. Diese Schein-Erweckung verstößt nicht nur gegen die Rechtsordnung unseres Staates, sie trifft auch die Kirche.“²

Diese drastische Situationsbeschreibung ist Ausdruck eines von Polens Kirche geführten Kulturkampfes, in dem kirchlich-konservative und weltlich-liberale Anschauungen aufeinander treffen und in dem die Kirche gegen Parlament, Regierung und Präsident Bronisław Komorowski ihre Vorstellungen, zumal im Bereich von Ehe und Familie, politisch durchzusetzen sucht.

Die Istanbuler Konvention – eine „große Bedrohung“

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen und kirchlichem Widerstand hat das polnische Parlament unlängst die Istanbuler Konvention zur „Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ ratifiziert. Rechtskräftig wird sie aber erst mit der Unterschrift des Präsidenten. Um sie zu verhindern, richtete Bischof Ignacy Dec einen offenen Brief an das polnische Staatsoberhaupt, in dem er ihn nötigt, als bekennender Katholik die Unterschrift zu verweigern, weil man „Gott mehr gehorchen muss als Menschen“ (Apg 5,21). „Die Ratifizierung dieses Dokuments – heißt es in dem Schreiben – ist eine große Bedrohung natürlicher allgemeinmenschlicher Werte, vor allem verstößt es gegen das Institut von Ehe und Familie.“ Und der zu Pater Rydzyks Medienimperium gehörende „Nasz Dziennik“ titelte in großen Lettern „Die Pilatusversuchung des Präsidenten“. Auch für ihn sei, wie für jeden Katholiken, die Lehre der Kirche bindend. Ganz kulturkämpferisch fordert die Redaktion ihre Leser dazu auf, Unterschriften für eine Petition an den Präsidenten zu sammeln.³

Bereits 2013 hatte der damalige Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Józef Michalik, in seiner Weihnachtspredigt die Konvention scharf attackiert. Es sei eine „große Lüge, dass Kultur, Tradition und Religion Gewalt hervorbringen.“ Vielmehr gebühre der Kirche das Verdienst, der Gewalt entgegenzuwirken.

Der Erzbischof bezieht sich in seiner Aussage auf Artikel 12 der Konvention, der „Maßnahmen und Veränderungen von sozialen und kulturellen Verhaltensmustern“ fordert, um der Gewalt dienende „Vorurteile, Bräuche, Traditionen und Rollenzuweisungen zu beseitigen.“ In diesem Zusammenhang wird auch die Religion als eine der Möglichkeiten zur Rechtfertigung von Gewalt gegen Frauen erwähnt. Wie kann man darin eine Verfälschung der Wirklichkeit,

¹ Droga krzyżowa 2015 – słowo ks abp Stanisława Gądeckiego (Kreuzweg 2015 – Wort von Erzbischof Stanisław Gądecki). www.youtube.com/watch?v=U4D61IW30Y4.

² Ludwik Wiśniewski OP, Gdzie my jesteśmy? (Wo sind wir?), Tygodnik Powszechny 9/2013, S. 3.

³ Ludwik Wiśniewski, Sumienie prezydenta (Das Gewissen des Präsidenten), Tygodnik Powszechny 9/2015, S. 35.

ja einen Angriff auf die Kirche sehen? Was berechtigt dazu, den Politikern, die für die Ratifizierung der Konvention und ihre Implementierung in das polnische Rechtssystem stimmen, der Verleugnung des Glaubens zu beschuldigen? Böte nicht vielmehr die Konvention Polens Kirche einen willkommenen Anlass, die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen zu ihrem ureigensten Anliegen zu machen? Schließlich ist sie aufgrund des Evangeliums zur Solidarität mit den Opfern verpflichtet. Und dass es, aus welchen Gründen und in welcher Form auch immer, in Polen Gewalt gegen Frauen gibt, ist unbestritten. Die Zahl der statistisch erfassten jährlichen Opfer liegt bei 90 000. Doch angesichts der Tatsache, dass aufgrund von Tradition und Rollenzuweisungen viele Frauen die ihnen zugefügte Gewalt nicht öffentlich machen, schätzt man die Dunkelziffer auf 800 000. Angesichts dieses Befundes besteht dringender Handlungsbedarf, den die Konvention nicht nur einfordert, sondern auch konkretisiert. Etwa durch die Kategorie „ökonomische Gewalt“, die in der geltenden Rechtsordnung bislang unberücksichtigt ist, so dass die betroffenen Frauen ihr schutzlos ausgeliefert sind. Statt auf die Konvention polemisch zu reagieren, hätte man sich gewünscht, dass Polens Bischöfe dem Beispiel ihrer Amtsbrüder in den USA gefolgt wären, die sich bereits 1992 und 2002 in ihren Hirtenbriefen mit der Gewalt, zumal gegen Frauen, befasst, ihre religiöse Rationalisierung verurteilt und sogar die Verpflichtung in Frage gestellt haben, bei anhaltender häuslicher Gewalt in der Ehe zu verbleiben.⁴

Gender mainstreaming – eine „gewaltige Gefahr“

Am 29. Dezember 2013, dem Fest der Heiligen Familie, wurde in den polnischen Kirchen ein Hirtenbrief verlesen. Er befasst sich mit der Bedrohung durch die Gender-Ideologie. Polens Bischöfe sehen in ihr den Versuch einer Umdefinition von Ehe und Familie. „Angesichts sich verstärkender, sich gegen die verschiedenen Bereiche des familiären und gesellschaftlichen Lebens gerichteten Attacken dieser Ideologie fühlen wir uns genötigt, uns einerseits entschieden und eindeutig für die Verteidigung der christlichen Familie und der fundamentalen Werte, die sie schützen, einzusetzen, und andererseits vor den Gefahren zu warnen, die aus der Propagierung eines neuen Typs der Familiengestalt resultieren.“ Der Genderismus habe im „Marxismus und Neomarxismus seine Wurzeln“ und finde seine Unterstützung durch manche „feministische Bewegung sowie durch eine sexuelle Revolution.“ Nicht das „biologische“, sondern allein das „kulturelle Geschlecht“ zähle, das „unabhängig von den biologischen Bedingungen“ definiert werden kann. Diese Ideologie werde „ohne Wissen der Gesellschaft und ohne die Polen zu fragen seit vielen Monaten in die gesellschaftlichen Strukturen eingeführt.“⁵

Es soll nicht bestritten werden, dass der Genderismus, wie jede Ideologie, eine Gefahr darstellt. Was man aber bei diesem Hirtenbrief vermisst, ist eine gegenüber der Gender-Ideologie deutliche Abgrenzung der gender-studies, auf die lediglich mit einem Halbsatz verwiesen wird. Diese mangelnde Unterscheidung rief denn auch eine Gruppe von Wissenschaftlern auf den Plan, die sich in einem Schreiben an die Bischöfe über das dem Hirtenbrief zugrunde liegende „offenbare Unverständnis“ bezüglich der in Polen seit vielen Jahren betriebenen gender-studies „schockiert“ zeigten und die Initiative des Episkopats als einen Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft werteten.

Der Kampf gegen die sogenannte Gender-Ideologie wurde zu einem beliebten Thema bischöflicher Hirtenbriefe und Predigten. So ermahnte beispielsweise der Bischof von Kielce in seinem Hirtenbrief zum Familiensonntag in Anspielung auf den Kindermord von Bethlehem die Väter: „Steht zusammen in Verteidigung der Familie vor dem heutigen „Herodes“, der den Namen Gender-Ideologie trägt.“⁶

Die Auseinandersetzung mit dem Genderismus gewann kulturkämpferische Züge. So hielt Dariusz Oko, Priester und Professor an der Krakauer Päpstlichen Universität Johannes Paul II., am 23. Januar 2014 auf Einladung der Oppositionspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) in einem Saal des polnischen Sejm einen Vortrag über „Gender-Ideologie als Zivilisationsbe-

⁴ Zuzanna Radzik, Kiedy usłyszysz wołnie o pomoc. (Wenn du den Hilferuf hörst), Tygodnik Powszechny 1/2003, S. 17.

⁵ <http://epikopat.pl/dokumenty/listy-pasterki/5545>.

⁶ Michał Olszewski, O czym milczy ambona (Worüber schweigt die Kanzel), Tygodnik Powszechny 1/2014, S. 3.

drohung“. Ihre Anhänger seien „in ihrer Mehrheit erbitterte Feinde der katholischen Kirche“. Sie führten zwar „keinen direkten Kampf gegen die Kirche, wohl aber durch „Sexualisierung der Jugend“. Es handle sich um „schreckliche Menschen, die Eltern zur Masturbation ihrer Kinder anhalten.“ Den Sex zwischen Männern verglich er mit „einem Kolben, der statt im Zylinder des Motors im Auspuff arbeitet. Das ist eine medizinische und technische Katastrophe. Denn der Wagen bewegt sich nicht, und der Auspuff wird zertrümmert.“ Mit diesen und ähnlich abwegigen Behauptungen zeichnete Professor Oko in seinem Vortrag das Schreckgespenst einer Polen und die menschliche Zivilisation insgesamt zerstörenden Gender-Ideologie.⁷

Der besagte Hirtenbrief, die mangelnde Unterscheidung zwischen gender-studies und Genderismus sowie Äußerungen wie die von Prof. Oko hatten zur Folge, dass die Gender-Problematik in Polens Kirche zu einem beherrschenden Thema wurde und weitgehend irrationale und aggressive Reaktionen hervorrief. So erlebte die Katholische Universität Lublin (KUL) ein „wahres Kesseltreiben, nur weil in ihrem Programm der Terminus „gender“ auftauchte“. Dominikaner, die in ihrem Kloster eine sachliche Gender-Diskussion geführt hatten, sahen sich Angriffen rechtskatholischer Zeitungen ausgesetzt, die ihnen vorwarfen, durch die bloße Diskussion und das Fehlen einer antigenderischen Stellungnahme, „ein trojanisches Pferd in die Kirche gebracht“ zu haben. Und eine besondere Blüte dieser Saat ist die Beschwerde von Eltern über eine Katechetin, die beim Krippenspiel die Rolle des Erzengels Gabriel mit einem Mädchen besetzt und damit – so die Eltern – die Gender-Ideologie gefördert habe.⁸

Eine derart kulturkämpferische Auseinandersetzung um die Gender-Problematik verhindert eine sachgerechte Diskussion, zu der die Kirche aufgrund ihrer Sicht der menschlichen Geschlechtlichkeit durchaus positive Aspekte beizutragen hat. Doch angesichts dieser rein negativen und teilweise aggressiven Einstellung erscheint für Polens Kirche weniger der Genderismus, als vielmehr der Antigenderismus die eigentliche Gefahr zu sein.

In vitro – Ausschluss vom Kommunionempfang

„Wenn ein Katholik für die Zulässigkeit von *in vitro* seine Stimme oder seine Unterschrift gibt, was auch für eine trügerische, den in Polen geltenden Rechtsgrundsätzen widersprechende Formel einer teilweisen Kostenübernahme gilt, dann soll er wissen, dass er sich gegen die Würde der menschlichen Person sowie gegen Gottes Gesetz verhält. Er hat sich dann von der vollen Gemeinschaft der katholischen Kirche gelöst, solange er nicht die Konsequenzen überdenkt, betend erwägt und seinen Standpunkt öffentlich ändert. Bis dahin soll ihm bewusst sein, dass er die Kirche nicht um die Gabe der heiligen Kommunion bitten darf.“⁹

Diese Aussage findet sich in einem *in vitro* gewidmeten Hirtenbrief von Erzbischof Andrzej Dzięga vom 18. November 2012. Seit Jahren stehen die Bemühungen des polnischen Parlaments um eine gesetzliche Regelung der künstlichen Befruchtung unter der Androhung dieser kirchlichen Sanktion. Und dies, obwohl nach neusten Umfragen 79% der polnischen Katholiken die künstliche Befruchtung befürworten und sich einen Einstellungswandel der Bischöfe wünschen. Nachdem nunmehr am 13. März 2015 das von der Regierung erarbeitete Projekt eines „Gesetzes zur Heilung von Unfruchtbarkeit“ dem Sejm zur Behandlung und Verabschiedung zugeleitet worden ist, reagierte das Präsidium der Polnischen Bischofskonferenz am 31. März mit einem vor allem an die praktizierenden Katholiken von Sejm und Senat gerichteten ausführlichen „Appell.“ Dieser listet jene Kriterien auf, von deren Beachtung es abhängt, ob sich die Abgeordneten mit ihrer Entscheidung „in voller Verbundenheit mit der Gemeinschaft der katholischen Kirche sowie in der rechten Verfassung zum Empfang der heiligen Kommunion befinden.“ Damit bestätigt das Präsidium der Bischofskonferenz erneut die Auffassung des Episkopats, dass die Zustimmung zu einem Gesetz, das die Einfrierung befruchteter Eizellen erlaubt, wie im Regierungsprojekt vorgesehen, vom Kommunionempfang ausschließt. Als „unerlässliches Minimum“ eines für katholische Abgeordnete tragbaren

⁷ <http://www.prawy.pl/z-kraju/4799-gender-mainstreaming-wyklad-ks-dr.-dariusza-okno-w-sejmie>.

⁸ Maciej Zięba OP, *Pięć aniołów* (Geschlecht der Engel), *Tygodnik Powszechny* 2/2014, S. 18.

⁹ Michał Olszewski, aaO., S. 3.

Kompromisses gilt dem Präsidium „die Anerkennung der Menschenwürde des Embryos, die Garantie seiner Entwicklung im Organismus der biologischen Mutter, die Stabilität der Verbindung von Mann und Frau als Spender der Eizellen, das Recht des Kindes auf elterliche Fürsorge, das Verbot, Embryonen einzufrieren und zu selektieren sowie die Methode *in vitro* im Falle des Todes eines Elternteil anderweitig anzuwenden.“¹⁰

Die kirchliche Ablehnung des Regierungsentwurfs erhält durch die Präsidentschaftswahl am 10. Mai eine zusätzliche politische Brisanz. Entschieden wird sie zwischen dem Amtsinhaber Bronisław Komorowski und Andrzej Duda, dem Kandidaten der oppositionellen, rechtskonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“, der sich im Unterschied zu Komorowski klar gegen den Regierungsentwurf ausgesprochen hat. Damit ist deutlich, wen sich Polens Kirche mit ihrer „Novene um einen guten Präsidenten“ (1. – 9. Mai) in diesem Amt wünscht. In ihrem Rahmen hielt Erzbischof Gądecki am 3. Mai, dem Hochfest Mariens als Königin Polens und gleichzeitig Verfassungstag, eine reichlich mit politischen Akzenten versehene Predigt. So berief er sich - gleichsam als Frontalangriff gegen die Regierung - auf Augustinus: „Eine Regierung, die das göttliche Recht nicht respektiert, wird früher oder später zu einer Verbrecherbande.“ Ausdrücklich verwies er auf den „Appell“ des Präsidiums der Bischofskonferenz, nach dem Abgeordnete, die den Regierungsentwurf unterstützen, vom Kommunionempfang ausgeschlossen sind. Die Priester ermahnte er, sich zwar für keine konkrete Partei auszusprechen, wohl aber die ethischen Kriterien zu betonen, nach denen sich die Gläubigen bei ihrer Wahl zu halten hätten.¹¹

Dabei müsste eigentlich der Kirche daran gelegen sein, dass es endlich zu einer gesetzlichen Regelung von *in vitro* kommt. Schließlich wird diese Methode in Polen ohne jede gesetzliche Auflage und Einschränkung seit 25 Jahren praktiziert. Zudem zeigt der Gesetzentwurf bereits im Titel - auch wenn rechtskatholische Kreise darin eine Mogelpackung sehen - das Bemühen der Regierung, den Forderungen der Kirche ein Stück entgegenzukommen, geht es ihr doch in erster Linie nicht um künstliche Befruchtung, sondern um umfassende Heilung von Unfruchtbarkeit. Entsprechend sieht das Projekt vor, dass erst mit der Methode *in vitro* nach einem Jahr erfolgloser Behandlung ihrer Ursachen begonnen werden darf. Auch ist die Zahl der für eine künstliche Befruchtung vorgesehenen Embryonen auf sechs begrenzt. Zudem soll die Vernichtung entwicklungsfähiger Embryonen mit Freiheitsentzug zwischen sechs Monaten und fünf Jahren bestraft werden. Doch der Dissens mit der bioethischen Auffassung der Kirche bleibt, weil der Regierungsentwurf das Einfrieren von Embryonen vorsieht und ihre Selektion nicht absolut ausschließt.

Zu fragen ist schließlich, ob der Ausschluss vom Kommunionempfang für Abgeordnete gerechtfertigt ist, die trotz der bioethischen Einwände der Kirche dem Gesetzesentwurf zustimmen. Sie sind schließlich in ihrem Gewissen dem Gemeinwohl verpflichtet, und das verlangt endlich eine gesetzliche Regelung, um den über zwei Jahrzehnte anhaltenden Zustand der Gesetzlosigkeit und willkürlicher Anwendung von *in vitro* Einhalt zu gebieten. Weil ein Gesetz, das den Kriterien der Kirchen entsprechen würde, angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament keine Chance hat, verabschiedet zu werden, müssen es sich mit der Kirche eng verbundenen Abgeordnete sehr wohl überlegen, ob sie es verantworten können, dem Regierungsentwurf ihre Stimme zu verweigern und damit das Risiko einzugehen, dass der gesetzlose Zustand weiter anhält.

Die Krise der Familie – größte Bedrohung des Glaubens

Vor ein paar Jahren wurde der damalige Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Józef Michalik, in einem in Buchform veröffentlichten Interview gefragt, ob Polens Kirche, die so gestärkt aus der Zeit kommunistischer Herrschaft und Unterdrückung hervorgegangen sei, auch dem „neuen konsumtiven, die christlichen Werte ignorierenden Lebensstil widerstehen könne.“ Die Antwort des Erzbischofs: Zwar habe die von vielen prophezeite „Idee des Laizismus und Säkularismus“ in Polen nicht triumphiert, wohl aber gebe es eine Krise der Familie. Sie „höre nämlich auf, der Ort zu sein, an dem der Glaube vermittelt, die Haltung

¹⁰ Artur Sporniak, Biskupi: *in vitro* – tak, ale nie na tych warunkach (Bischöfe: *in vitro* – ja, aber nicht zu diesen Bedingungen), *Tygodnik Powszechny* 15/ 2015, S. 5.

¹¹ wyborza.pl/1,75478,17855109,Abp-Gadecki-polikowi-nie-wszystko.html

geformt wird und die Werte gepflegt werden. Mütter haben für ihre Kinder schon keine Zeit mehr, weil die Arbeit sie beansprucht, Frauen schämen sich eines vierten oder fünften Kindes.“¹²

In der Tat, die Krise von Ehe und Familie ist offenkundig: Die Scheidungsquote liegt bei 27% und hat sich im Verlauf eines Jahrzehnts verdoppelt. Die Zahl der in einer nichtsakramentalen zweiten Ehe lebenden Katholiken ist entsprechend hoch. Die Geburtenrate liegt bei 1,3 Kindern pro Frau und ist damit eine der weltweit niedrigsten. Jedes fünfte geborene Kind kommt außerehelich zur Welt. Und Polens Kirche steht dieser Entwicklung ziemlich ratlos gegenüber. Ein Grund dieser Ratlosigkeit dürfte die von Erzbischof Michalik zum Ausdruck gebrachte Meinung sein, die „Schlacht mit der Säkularisation gewonnen“ zu haben, wie dies die Überschrift des ersten Kapitels des Rapports behauptet. Diese Fehleinschätzung hat zur Folge, dass sich Polens Episkopat den durchaus vorhandenen Ansätzen einer dialogischen und produktiven Auseinandersetzung mit dem Säkularismus verweigert, selbst aber weder theologisch noch pastoral über ein auf die säkularen Lebensformen bezogenes Konzept verfügt, sondern das traditionelle, konservative Familienmodell lediglich gegen jede Art von Veränderung verteidigt – ein Kampf gegen Windmühlenflügel.

Wie diese Verteidigung aussieht, lässt sich gegenwärtig in Polens Großstädten beobachten: Auf großformatigen Plakaten sind zwei junge Menschen, Mann und Frau, zu sehen, die sich die Hände reichen, die von einer Schlange als Symbol sexueller Verführung umschlungen sind. „Konkubinat ist Sünde“ springt es einem in großen Lettern in die Augen. Darunter in Kleinschrift: „Du sollst nicht ehebrechen“ – womit unter „Konkubinat“ auch die wiederverheirateten Geschiedenen gemeint sind.

Diese vom Zentrum für Familienseelsorge betriebene Kampagne ist eine Reaktion auf die wachsende Zahl von Lebensgemeinschaften ohne Trauschein. Nach einer Statistik aus dem Jahr 2011 betraf dies 640.000 zumeist junge Männer und Frauen. Ihre Zahl dürfte heute noch um einiges höher liegen. Aber ob diese Plakataktion an dieser Situation etwas zu ändern vermag? Wirkt sie werbend, so dass sie den Betroffenen den Weg zum Traualtar weist? Wohl kaum. Der Mangel an Empathie spricht eher dafür, dass sie Gefühle der Empörung und Abneigung gegenüber der Kirche weckt. So ist auch diese Plakataktion ein weiteres Glied in der Kette kulturkämpferischer Maßnahmen, mit denen Polens Kirche negativ, warnend, drohend und oftmals aggressiv auf Abweichungen vom kirchlichen Moralverständnis reagiert.

Es dauerte nicht lange, bis es zu einer Gegenkampagne seitens der postkommunistischen SLD kam. Ihr Plakat zeigt gleichfalls ein sich die Hand reichendes Paar. Ohne Schlange. Der Slogan lautet: „Konkubinat ist auch Familie“. Dazu die Unterschrift: „Ehre deinen Nächsten wie dich selbst“.¹³

Zum Abschluss des ersten Teils der Römischen Sondersynode wertet Erzbischof Gądecki in Radio Vatikan „das Abschlussdokument als ein Abrücken von der Lehre Johannes Paul II.“ Ja er sieht in ihm „Spuren einer Anti-Ehe-Ideologie“. Und er stellt die Grundsatzfrage: „Ist es das Ziel dieser Synode, die Familie in Schwierigkeiten zu unterstützen, oder geht es um die Behandlung von Sonderfällen?“ Auch wendet er sich gegen die Anwendung des Kriteriums der „Gradualität“ auf das „Konkubinat“, wonach auch diese Form einer Lebensgemeinschaft Werte beinhalten und ein „Weg zur Heiligkeit“ sein könne. Weiter bedauert er, „dass die im Dokument dargelegte Lehre das Thema der Sünde völlig außer Acht lässt. Als habe die Welt sich gesiegt [...]“. Es scheine, „dass alles akzeptiert werde, wie es ist.“ Auch werde der Eindruck erweckt, „bislang war die Lehre der Kirche unbarmherzig, während sie erst jetzt beginnt, barmherzig zu sein.“¹⁴

Angesichts dieser Grundeinstellung dürften Polens Bischöfe auf der den „pastoralen Herausforderungen der Familie im Kontext des Evangeliums“ gewidmeten Römischen Sondersynode bestrebt sein, jegliche Reformansätze zu verhindern.

¹² Józef Michalik, Raport o stanie wiary w Polsce (Rapport über den Stand des Glaubens in Polen), Radom 2011, S. 7f.

¹³ Andrzej Draguła, Ewangelia billboardowa (Werbung für das Evangelium), Tygodnik Powszechny 15/2015, S. 28-31.

¹⁴ <http://pl.radiovaticano/2014/10/13/>

